



iran-report

Nr. 01/2005

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Chatamis Abschied von Studenten / Vorgestellt: Fünf mögliche konservative Kandidaten für die Staatspräsidentenwahl / Der erste Reformerkandidat heißt Moin / Die Repressionen des Staates nehmen zu / UN-Vollversammlung rügt Iran wegen Folter und Steinigung / Urteile gegen Mitglieder von Al Qaida / Versammlung der Selbstmordattentäter / Tausende Traumatisierte in der Erdbebenregion Bam ohne Hilfe

II. Wirtschaft

Handelsüberschuss stieg um 167 Prozent / Mangel an Lastkraftwagen gefährdet Straßentransport / Thyssen Krupp kauft Aktien Irans / Razzia bei Daimler-Chrysler wegen Verdachts illegaler Iran-Geschäfte / Handel mit China erreicht Rekord von sieben Milliarden Dollar / Erste Volkswagen sollen im Februar auf den iranischen Markt kommen / Erste iranische Bank in Afghanistan / Gründung einer Filiale der Iran-Europa-Handelsbank auf der Insel Kisch

III. Außenpolitik

Irans Mitgliedschaft in der WTO zum 20. Mal abgelehnt / Vorläufige Beilegung des Atomkonflikts / Washington hörte Telefonate El Baradeis mit iranischen Diplomaten ab / Israel weist Gerüchte über Angriff auf iranische Atomanlagen zurück / Acht ehemalige Außenminister: Kooperation statt Konfrontation / Irakischer Verteidigungsminister: Iran ist Terrorquelle und gefährlichster Feind / Tagung der Innenminister irakischer Nachbarstaaten in Teheran / Konten von afghanischem Kriegsherren eingefroren



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.

Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.

Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 02/2005 Anfang Februar) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Januar 2005

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung

lorenz@boell.de

Fax: 030-285 34 - 494

Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

4. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email info@boell.de

www.boell.de



I. Innenpolitik

Chatamis Abschied von Studenten

Der Auftritt Präsident Mohammad Chatami an der Teheraner Universität am 6. Dezember wurde mit großer Spannung erwartet. Der 6. Dezember ist der „Tag des Studenten“, ein Tag, an dem der Präsident sich traditionell mit den Studenten austauschte. Doch seit drei Jahren hatte Chatami den Besuch unter verschiedenen Vorwänden abgesagt. Während dieser drei Jahre ist viel geschehen. Die Studenten, die einst mit Begeisterung dem neu gewählten Präsidenten gefolgt waren und ihn als großen Reformler gefeiert hatten, sind nach und nach auf Distanz gegangen. Die uneingeschränkte Zustimmung ist einer immer schärfer werdenden Kritik gewichen, die Hoffnungen haben sich in große Enttäuschung und Resignation verwandelt. Deshalb hatten manche Berater Chatami vor diesem Besuch gewarnt. Doch der Präsident, dem die Konsenssuche zum Markenzeichen geworden ist und der sich stets auf die Kraft der Rede verlassen hat, glaubte das Treffen riskieren zu können. Der Besuch wurde zum Eklat, zum endgültigen Bruch. Es war als hätte der Präsident, dessen Amtszeit im Mai ohnehin zu Ende geht, vorzeitig von der Studentenschaft Abschied genommen.

Noch nie war Chatami so heftig attackiert worden, nicht einmal die Rechten und Fundamentalisten hatten es gewagt, ihn so direkt zu beschimpfen. „Geben Sie unsere Stimmen, mit denen Sie gewählt worden sind, zurück“, riefen die Studenten. „Schämen Sie sich“. „Wir können taub sein, stumm sein, aber dumm sind wir nicht“, skandierten sie.

„Ich bin gekommen, um zuzuhören und Ihre Fragen zu beantworten“, sagte Chatami zu Beginn der Veranstaltung. „Ich möchte Ihnen meine Probleme schildern und mir Ihre Probleme anhören.“ Er versuchte vergeblich die äußerst angespannte Atmosphäre zu lockern. Die Gesichter der Studentinnen und Studenten waren von Wut, aber auch von Trauer gezeichnet. Als habe ein enger Freund sie hintergangen und verraten.

Reza Zamani, Vertreter des Islamischen Studentenvereins, war der erste, der den Präsidenten zur Rede stellte. „Wir

begrüßen, dass Sie nach drei Jahren wieder zu uns gekommen sind, aber es ist zu spät“, sagte er. „Sie, Herr Präsident, haben nicht Wort gehalten. Sie hatten versprochen, Angriffe gegen die Presse nicht zu dulden. Doch Sie haben auf die zahlreichen Zeitungsverbote kaum reagiert. Sie haben die freie Meinungsäußerung zugesichert, aber die Inhaftierung der Journalisten, Politiker, Hochschullehrer, Studenten hingenommen. Wir Studenten haben Sie und Ihre Reformvorhaben tatkräftig unterstützt. Doch als die Studenten angegriffen wurden, als ein Studentenheim überfallen wurde, als der Dekan der technischen Fakultät in Geiselhaft genommen wurde, haben Sie geschwiegen und mit Ihrem Schweigen die Atmosphäre der Angst verstärkt. Sie sagen, Sie müssen Rücksicht nehmen. Gibt es etwas Wichtigeres als das Volk, auf das Sie Rücksicht nehmen müssen? Herr Präsident, Sie konnten doch nach vier Jahren feststellen, dass Sie nichts ausrichten konnten. Warum haben Sie sich für weitere vier Jahren wieder wählen lassen?“

Andere Studentenvertreter setzten die Kritik fort. Im Saal wurde es immer unruhiger. Die Studenten warfen dem Präsidenten fehlenden Mut bei der Umsetzung demokratischer Reformen vor. Chatami hörte zunächst geduldig zu und nahm die Attacken mit einem Lächeln entgegen. Doch als es immer unruhiger wurde und die Parolen in Beschimpfungen ausarteten, drohte er sogar die Unruhestifter hinauswerfen zu lassen. Schließlich nahm er zu den Vorwürfen Stellung. Den Vorwurf, er habe seine Ideen aufgegeben, lehnte er entschieden ab. „Ich bin meinen Versprechen treu geblieben und habe immer das wiederholt, was ich zu Beginn meiner Amtszeit gesagt hatte. Ich bin vor niemandem zurückgewichen. Wenn es Zurückweichungen gegeben hat, dann geschah dies im Interesse unserer Staatsordnung, von der ich vollkommen überzeugt bin.“ Er sei von der Notwendigkeit der Reformen überzeugt gewesen. Daran habe sich bis heute nichts geändert. Er bezeichnete die Islamische Republik als „größte Errungenschaft einer Volksbewegung“. Daher müsse sie erhalten bleiben.

Chatami empfahl den Studenten, nicht emotional zu urteilen. „Die Despotie ist eine chronische Krankheit unserer Gesellschaft“, sagte er. Diese Krankheit könne nur durch Demokratie ge-



heilt werden. „Wir brauchen Freiheit, wir brauchen Fortschritt“, rief der Präsident. „Die Freiheit muss strukturell verankert werden.“ Dies sei das Ziel der islamischen Revolution gewesen. Man dürfe sich über Unzulänglichkeiten nicht aufregen. „Sie sind noch zu jung und wissen nicht, worum es geht“, rief er den Studenten zu. Das Problem liege nicht in der Verfassung, die nun manche durch ein Referendum abschaffen oder ändern wollen, sondern darin, dass die Verfassung nicht eingehalten werde. Er behauptete keineswegs, dass die Verfassung vollkommen sei und keiner Änderung bedürfe. Doch die Frage sei, ob man nicht zuerst das Potenzial der bestehenden Verfassung ausschöpfen sollte.

Chatami wurde immer wieder durch Rufe unterbrochen. „Sie fragen mich, was die Reformpolitik erreicht habe“, fuhr er fort. „Das will ich Ihnen sagen. Sie stehen jetzt vor dem Staatspräsidenten und können völlig frei Ihre Parolen rufen. Das haben wir erreicht.“ Anders als Justiz oder Militär, die auf jede Kritik hart reagierten, empfangen seine Regierung jeden Kritiker mit offenen Armen. Er sei bereit, den Preis für die Demokratie zu zahlen. Diese Bereitschaft sei keine Schwäche, sondern eine Stärke. Es wäre für die Regierung leichter, wie andere Instanzen zu handeln und die Kritiker und Gegner festnehmen zu lassen. Das habe sie jedoch nicht getan, denn die Duldung von Kritikern und Gegnern gehöre zur Substanz der Demokratie.

Reformen seien nach wie vor der richtige Weg innerhalb des Systems, betonte Chatami. „Seid sicher, dass die Demokratie nicht außerhalb des Systems liegt“, fuhr er fort. „Lasst euch nicht beirren von denen, die durch die Revolution vertrieben wurden. Der Weg zur Demokratie läuft durch die Islamische Republik. Jene, die mit der Religion Probleme haben, haben nichts Neues mitzuteilen. Ihre oberflächlichen Äußerungen sind Wiederholungen alter Argumente. Sie sollten aber wissen, dass sie mit ihren Forderungen das Land großen Gefahren aussetzen. Hätten alle Reformer ihre Emotionen gezügelt und in ihren Forderungen die Grenzen des Möglichen nicht überschritten, wäre die Lage weit besser als sie heute ist.“

„Zum Glück ist meine Amtszeit bald zu Ende“, sagte Chatami. „Aber ich gehe nicht als Schuldner, sondern als Gläu-

biger, nicht dem Volk gegenüber, sondern gegenüber den Ignoranten und machtgerigen Fundamentalisten, die die Bedeutung der Reformen und die Bedürfnisse und Forderungen des Volkes ignoriert, dagegen Widerstand geleistet und die Hoffnungen auf eine bessere Zukunft und die hohe Achtung, die unser Land im Ausland erworben hatte, zerstört haben.“ So hätten sich die USA erlauben können, Iran als „Achse des Bösen“ zu bezeichnen „und uns immer mehr unter Druck zu setzen“.

Es gäbe aber auch andere, die sich unter den Reformern befänden. Diese hätten aus der Geschichte nichts gelernt. Sie hätten mit ihren radikalen Stellungnahmen die Angriffe der Fundamentalisten begünstigt und auf der anderen Seite das Vertrauen des Volkes zerstört. „Heute vernimmt man aus dem Lager der Reformer Äußerungen, die man sonst aus dem Munde der Feinde unseres Volkes hört“, sagte der Präsident.

Mit dem Weg, den das iranische Volk eingeschlagen habe, sei es gelungen, innerhalb der islamischen Welt eine vorbildliche Alternative zum „Talibanismus“ und „Verwestlichung“ anzubieten, sagte Chatami. „Ich bin nach wie vor von einer Islamischen Republik überzeugt, die sowohl in der Theorie als auch in der Praxis mit Demokratie, Freiheit und Fortschritt übereinstimmt“, fuhr Chatami fort. Er empfahl den Reformern, „solange es nicht zu spät ist, Selbstkritik zu üben“. Sie sollten über die Arbeit der letzten Jahre Bilanz ziehen, um heraus zu finden, was sie errungen und was sie verloren haben und „warum sie es verloren haben“.

Fünf mögliche Kandidaten der Konservativen für die Staatspräsidentenwahl

Offenbar ist es den Konservativen immer noch nicht gelungen, sich auf einen Kandidaten für die im Mai dieses Jahres stattfindende Wahl des Staatspräsidenten zu einigen. Es gibt zu viele Gruppen und Organisationen, die nicht nur um Gruppeninteressen miteinander rivalisieren, sondern auch um unterschiedliche Konzepte bzw. um den Kurs, den die Islamische Republik nach Abgang Chatamis und seiner Mannschaft einschlagen soll. Die Auseinandersetzungen der letzten Wochen haben die Voraussagen vieler Beobachter bestätigt und gezeigt, dass die scheinbare Einheit, die die Konservativen bei der



Frontbildung gegen die Reformer demonstrieren, tiefe Risse zeigt, sobald sich die Gruppen nach innen wenden und mit sich selbst beschäftigen. Das ist keineswegs erstaunlich, wenn man weiß, dass im Lager der Konservativen ganz unterschiedliche Gruppen vertreten sind, deren Positionen von extrem rechts bis moderat-konservativ reichen.

Dies kam auch bei einem Treffen jener Konservativen, die sich „Osulgarajan“ (wörtlich: Prinzipientreuen) nennen, deutlich zum Vorschein. Das Treffen von Mitte Dezember, auf dem sich die Bewerber für eine Kandidatur zum Spitzenkandidaten für die Präsidentschaftswahl vor etwa 1200 Teilnehmern vorstellten, war auf Einladung des „Rats zur Koordinierung der Kräfte der islamischen Revolution“ zustande gekommen. Der Rat wurde gebildet, um einen gemeinsamen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl zu suchen. Doch das Treffen führte zu keinem Ergebnis. Es wurde bekannt gegeben, dass die endgültige Entscheidung erst in einem Monat zu erwarten sei.

Fünf Bewerber sollten sich vorstellen, doch nur vier waren anwesend. Der fünfte Bewerber, der Teheraner Bürgermeister Ahmadi Nejad, ein Kandidat der Extrem-Rechten, war nicht anwesend. Die Gründe für sein Fehlen wurden nicht bekannt gegeben.

Der erste Bewerber war Ali Akbar Welayati, ehemaliger Außenminister unter Rafsandjani und derzeitiger außenpolitischer Berater des Revolutionsführers. Er sagte: „Mit den Methoden, mit denen wir bisher unser Land verwaltet haben, werden wir nicht imstande sein, in den nächsten zwanzig Jahren zum stärksten Land der Region zu werden.“ Der ehemalige Außenminister setzte sich bei seiner Rede hauptsächlich mit der Außenpolitik auseinander. Die USA hätten ihre Kräfte in den Nachbarländern konzentriert. Dies sei für Iran eine große Herausforderung. Die Amerikaner hätten längst vor dem 11. September den Sturz Saddam Husseins geplant, weil sie der Meinung gewesen seien, Irak sei das Zentrum des Islam. Zudem habe es im Irak reichlich Öl gegeben. Schließlich hätte die Eroberung Iraks den USA den Zugang zur gesamten arabischen Welt eröffnet. Ihr Bestreben sei nun, „jene Flamme auszulöschen, die durch die islamische Revolution in Iran entstanden ist“. Welayati fuhr fort: „Jene, die der Meinung

sind, wir sollten uns auf unser Land konzentrieren, sollten wissen, dass wir unsere Probleme niemals lösen können, ohne uns auf den Islam und die islamische Welt zu konzentrieren.“ Syrien, Palästina und Libanon betrachteten die Islamische Republik Iran als Vorbild und würden deswegen angefeindet. Die Unterstützung, die Iran dem palästinensischen Volk und den Befreiungsbewegungen gewähre, gehöre zur Substanz der islamischen Revolution. Kein Wunder, dass sich heute der jordanische Staatspräsident vor den Schiiten im Irak, die die islamische Revolution als Vorbild betrachteten, fürchte und das Gerücht verbreite, Iran habe Terroristen nach Irak geschickt.

Welayati kritisierte die bisherige Wirtschaftspolitik. Das Durchschnittseinkommen in Iran sei zu niedrig. „Wir könnten zumindest das erreichen, was die Türkei erreicht hat“, sagte er. „Im Bezug auf Korruptionsbekämpfung stehen wir an 80. Stelle in der Welt. Das ist beschämend.“ Die Wirtschaftsentwicklung sei von sozialer Gerechtigkeit untrennbar. 12 Millionen Arbeitslose und 15 Millionen Menschen, die unter dem Existenzminimum leben, seien keine Basis für eine gesunde Wirtschaft. Die künftige Regierung müsse den Mut aufbringen, gemeinsam mit dem Parlament, die Arbeitsgesetze zu ändern, den Zinssatz erheblich zu reduzieren und die Wirtschaft zu islamisieren.

Als nächster Bewerber stellte sich Ahmad Tawakolli, zurzeit Mitglied des Parlaments, vor. Er bezeichnete den Kampf gegen Korruption als wichtigste Aufgabe der künftigen Regierung. Die Regierung müsse das Vertrauen der Wähler zurückgewinnen, sagte er und fügte hinzu: „Wir brauchen keine Revolution, sondern eine Evolution. Oft ist ein Heilmittel besser als das Messer des Chirurgen.“ Die verschiedenen Instanzen im Land müssten miteinander kooperieren und sich nicht gegenseitig Steine in den Weg legen. Der Revolutionsführer kritisierte seit Jahren, dass sich die Wirtschaft ohne Rücksicht auf soziale Gerechtigkeit entwickelt habe. „Wir sehen doch, wie sich unsere Wirtschaft in Richtung Liberalisierung bewegt. Das ist den Grundsätzen unserer Revolution und unserer Verfassung entgegengesetzt.“

Tawakolli sprach sich entschieden gegen die Privatisierung der Wirtschaft



aus. „Unsere Verfassung verbietet ein Abgleiten der Wirtschaft in Kapitalismus und in die Hände der Privatunternehmen.“ Dies sei der Grund für die soziale Ungerechtigkeit. Laut Statistiken habe die zunehmende Prostitution zu 76 Prozent einen sozialen Hintergrund. Die Wirtschaftspolitik der jetzigen Regierung führe zur Massenarmut. „Wir brauchen eine islamische Wirtschaft, die die soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt“, forderte Tawakolli. Der Kampf gegen die Korruption, gegen den Kapitalismus, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Durchsetzung einer sozialgerechten Wirtschaft seien die wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung.

Ein islamischer Staat, sagte Tawakolli, brauche eine „saubere Führung“. „Die Führer des Staates müssen Vorbilder sein. Sie müssen ein einfaches Leben führen und dürfen nicht nach Reichtum streben.“ Die Verbindung von Reichtum und Macht sei verderblich. Die Verantwortlichen müssten moralisch makellos und in der Lage sein, Verzicht zu üben. Der künftige Staatspräsident könne von der Autorität des Revolutionsführers profitieren. Zugleich müsse er sich ihm unterordnen und seine Befehle umsetzen, sagte Tawakolli abschließend.

Der dritte Bewerber war Mohsen Rezai, ehemaliger Oberkommandierender der Revolutionswächter und derzeitiger Generalsekretär des Schlichtungsrates. Seiner Ansicht nach hätte die künftige Regierung die Aufgabe, die Staatsführung zu aktivieren, die Wirtschaft weiter zu entwickeln und Kultur und Gesellschaft zu islamisieren. Die iranische Gesellschaft müsse eine „islamische Großfamilie“ bilden, die nach den Anweisungen des Ayatollah Chomeini lebe.

Der als „Great Middle East“ bezeichnete Plan der USA richte sich hauptsächlich gegen Iran, Saudi-Arabien, Syrien und Palästina, sagte Rezai. Diese US-Strategie werde in den nächsten Jahren den wichtigsten Gegenstand der Außenpolitik bilden. „Wir brauchen eine starke Regierung, die sowohl die innenpolitischen Aufgaben bewältigt, als auch eine mutige und selbstbewusste Außenpolitik verfolgt. Wir müssen es wieder schaffen, dass die Massen sich wie in den Zeiten der Revolution um die Führung scharen. Wir werden nur dann Erfolg haben, wenn es uns gelingt, die Massen wieder zu mobilisie-

ren und alle Kräfte produktiv einzusetzen. Dies ist nur dann möglich, wenn wir soziale Gerechtigkeit walten lassen.“

Als letzter Bewerber stellte sich Ali Laridjani vor. Laridjani gehört zu den Ideologen der Rechten. Er war Jahre lang für den staatlichen Rundfunk und das staatliche Fernsehen verantwortlich. Als er vor einigen Monaten diesen Posten aufgab, gingen politische Beobachter davon aus, dass ihn der Rücktritt für die Kandidatur auf das Amt des Staatspräsidenten freistellen sollte.

Laridjani äußerte seine Freude darüber, dass es den „Prinzipientreuen“ gelungen sei, die Gefahr, die die Islamische Republik bedrohte, abzuwenden. Nun seien die außen- und innenpolitischen Gegner „nicht mehr besorgniserregend“, sagte er. „Meine Befürchtung ist nur, dass wir irgendwann von unseren Prinzipien abweichen.“ Zugleich meinte er, es sei bewundernswert, dass die „Prinzipientreuen“ einen hohen Grad an Reife, verbunden mit viel Mut erreicht und damit das Vertrauen des Volkes gewonnen hätten.

Auch er bezeichnete den US-Plan „Great Middle East“ als eine Bedrohung, gegen die sich die Islamische Republik wappnen müsse. Seiner Ansicht nach hätten die meisten US-Strategen nicht die Absicht, Iran militärisch anzugreifen. Ihre Taktik sei vielmehr, die „Prinzipientreuen“ zu spalten und damit die politische Macht in Iran zu schwächen. Diese Taktik stelle in der Tat eine große Bedrohung dar.

Laridjani machte auf die Bedeutung der Situation im Nahen und Mittleren Osten aufmerksam. Die Situation sei für den Machtzuwachs der Schiiten in der gesamten Region günstig. Iran müsse diese Chance wahrnehmen. Wenn es gelänge, unter den Verantwortlichen des Staates Einigung zu erzielen, werde Iran in der Lage sein, sowohl im eigenen Land Sicherheit zu gewährleisten, als auch nach außen stark genug aufzutreten. „Wir befürworten Verhandlungen, aber würdevolle Verhandlungen, keine mit „Zuckerbrot und Peitsche“.

Laridjani sprach sich gegen eine Mitgliedschaft Irans in der Welthandelsorganisation (WTO) aus. „Wir müssen uns auf unsere eigene Wirtschaft konzentrieren. Die Mitgliedschaft in der WTO wird uns nicht weiterhelfen, im



Gegenteil, sie wird uns nur schaden“, sagte er. Ferner meinte er: „Wir brauchen eine Wirtschaft, die unabhängig ist von der Ölindustrie. Wir müssen uns um soziale Gerechtigkeit kümmern, um die Armen und Habenichtse.“ Im Falle seiner Wahl werde er sich für Dezentralisierung einsetzen und die Korruption und die Schmuggelwirtschaft bekämpfen. Großen Wert legte er auf die technologische Entwicklung des Landes, insbesondere der Atomtechnologie.

Wer von den Bewerbern tatsächlich als Kandidat aufgestellt wird, ist längst nicht ausgemacht. Bei einer ersten Testabstimmung lag Laridjani vorn. Wie aus Kreisen der Teilnehmer berichtet wurde, haben bei dem Treffen von den 1200 Anwesenden 960 an der Abstimmung teilgenommen. 280 von ihnen stimmten für Laridjani, 250 für Welayati, 100 für Tavakolli, 100 für Ahmadinejad und 80 für Rezai. Aber ob überhaupt einer von ihnen ins Rennen geschickt wird, hängt nicht zuletzt davon ab, ob der ehemalige Staatspräsident und jetziger Vorsitzender des Schlichtungsrats, Hасhemi Rafsandjani, für das Amt kandidiert. Ihn haben bislang mehrere Gruppen aus beiden Lagern vorgeschlagen, mit der Begründung, er allein sei unter den Politikern aufgrund seiner langjährigen Erfahrung und seiner Führungsfähigkeiten in der Lage, in diesen Krisenzeiten das Land zu führen. Rafsandjani selbst hält sich bislang zurück. Er halte es für besser, wenn andere, die jünger sind, diese Arbeit übernehmen würden. Er möchte abwarten, ob ein geeigneter Kandidat gefunden werde. Sollte dies nicht der Fall sein, werde er bereit sein, sich in den Dienst des Volkes zu stellen. Die Taktik Rafsandjanis ist durchsichtig. Er will abwarten, bis sich die beiden Lager, d.h. die Konservativen und die Reformer selbst genügend geschwächt, gespalten und zerfleischt haben, um dann als einziger Retter der Nation auftreten zu können. Schon jetzt wird der Ruf nach ihm von Tag zu Tag lauter. Zwar ist Rafsandjani wie kein anderer Politiker in der Bevölkerung verhasst, weil man ihm jedes Verbrechen zutraut und weiß, dass er bei zahlreichen Mordattentaten gegen Dissidenten als Drahtzieher gewirkt hat. Auf der anderen Seite weiß man auch, dass er ein „Macher“ ist, dass er Durchsetzungsvermögen hat, dass er ideologisch zwischen den beiden Lagern steht und zumindest eine Rückkehr zu den Zeiten Chomeinis verhindern wird.

Da man einem Kandidaten der Reformer – wer immer das auch sein mag – keine Chance gibt, zieht man das kleinere Übel vor, und das ist, nach bisherigen Umfragen Rafsandjani.

Moin, erster offizieller Kandidat für die Wahl des Staatspräsidenten

Unter den zahlreichen Personen, die als Kandidat für die Wahl des Staatspräsidenten genannt werden, hat sich als erster Mostafa Moin in den Ring gewagt. Moin hat Zeitungsberichten zufolge bei einem Treffen mit Mitgliedern der größten Organisation der Reformer, der Moscharekat-Partei am 27. Dezember gesagt, die Lage des Landes habe ihn dazu bewogen, die Aufforderungen an ihn, für das Amt des Staatspräsidenten zu kandidieren, zu folgen. „Ich wollte mich nicht mehr zieren und auch nicht über mein weiteres Schicksal spekulieren“, sagte er.

Moin gehört zu den prominentesten Reformern. Bis zum vergangenen Jahr gehörte er als Wissenschaftsminister der Regierung Chatami an. Er war im Zusammenhang mit den Studentenunruhen aus Protest gegen die Vorgehensweise der Ordnungskräfte und des Geheimdienstes zurückgetreten. Er ist 53 Jahre alt und ist von Haus aus Kinderarzt. Nicht alle Organisationen im Reformlager unterstützen Moins Kandidatur. Vor allem die einflussreiche Organisation „Kämpfende Geistliche“, zu der u.a. Präsident Chatami gehört, tendiert eher zu dem früheren Parlamentspräsidenten Mehdi Karrubi.

Die Repressionen nehmen zu

In der Annahme, durch die Beilegung des Atomkonflikts den Druck von außen abgewendet zu haben, hat das Regime in Teheran die Repression gegen die Zivilgesellschaft zunehmend verstärkt. Neben dem Verbot von Zeitungen und der Inhaftierung von Journalisten und mehreren Mitgliedern von regierungsunabhängigen Organisationen wurden in den letzten Wochen zahlreiche Webseiten gefiltert und 25 Bertreiber von Internetdiensten festgenommen. Anfang Dezember wurden vier von ihnen freigelassen. Dafür mussten sie nicht nur jeweils eine Kaution in Höhe von umgerechnet 50.000 Euro leisten, sie mussten auch öffentlich Reue bekennen. Djavad Gholam Tamimi bekannte sich schuldig, einer ausländischen Bot-



schaft in Teheran Informationen und Dokumente verkauft zu haben. Er sei von einigen Reformern in die Irre geleitet worden und habe gegen die nationale Sicherheit verstoßen. „Dafür möchte ich mich beim iranischen Volk entschuldigen“, schrieb er. „In einem anderen Land wäre ich für mein Vergehen mit dem Tode oder mit lebenslanger Haft bestraft worden. Aber hier habe ich durch die Justiz und im Gefängnis eine Güte erfahren, die in mir eine tiefe Scham hervorgerufen hat. Ich weiß nicht, was ich tun könnte, um mich für diese Großzügigkeit als würdig zu erweisen.“

Ähnlich lauten die „Bekanntnisse“ der anderen, die nach ihrer Freilassung von der Agentur Pars verbreitet und im staatlichen Fernsehen verlesen wurden. Die Reumütigen distanzieren sich von dem Verband zur Verteidigung der freien Meinungsäußerung und dem Journalistenverband und bezeichnen diese als Büttel der ausländischen Feinde der Islamischen Republik.

Die Methode, Reuebekenntnisse durch Folter zu erzwingen, wurde in der Islamischen Republik bis vor wenigen Jahren oft verwendet. Dass sie jetzt neu aufgenommen wurde, hat weniger mit den Inhaftierten, die in der Öffentlichkeit kaum bekannt sind, zu tun. Das Ziel ist vielmehr die Denunzierung namhafter Journalisten bzw. der genannten Verbände. Diese hatten sich massiv für die Freilassung der Inhaftierten eingesetzt und zu einer Protestdemonstration bei der Justiz aufgerufen. Die Ankündigung rief den Staatsanwalt von Teheran, Said Mortazawi, auf den Plan. „Die Unterstützung von Beschuldigten, die wegen Spionage und Landesverrat verhaftet worden sind und sich selbst dazu bekannt haben, ist strafbar“, warnte er. Zudem bewerte die Staatsanwaltschaft eine Protestversammlung bei der Justiz als Aufrührerstiftung und Verstoß gegen die öffentliche Ordnung. Sollte die Demonstration stattfinden, werde er mit aller Härte gegen die Initiatoren vorgehen.

Maschallah Schams al Vaezin, Sprecher der Verbände zur Verteidigung der freien Meinungsäußerung, erklärte in einem Interview mit dem Auslandssender „Radio Farda“, die beiden Verbände hätten bereits einige Stunden vor dem Erhalt der Drohung des Staatsanwalts die Demonstration vorläufig abgesagt. Zu den Reuebekenntnissen sagte er, die

Justiz sollte auf diese veralteten Methoden verzichten. Die Öffentlichkeit lasse sich nicht mehr täuschen. Zudem hätten die Freigelassenen inzwischen erklärt, dass sie die Aussagen unter Zwang unterschrieben hätten. Hätte die Justiz tatsächlich nachweisen können, dass die Betroffenen spioniert und Landesverrat begangen haben, wäre zu fragen, weshalb sie dann freigelassen worden seien.

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch erklärte, das Regime in Teheran wolle durch solche „erzwungenen Selbstbezeichnungen die Persönlichkeit von Oppositionellen berechnen und Kritiker zum Schweigen bringen.“ Die Organisation verfügt nach eigenen Angaben über Unterlagen, die eindeutig beweisen, dass die Justiz frühere Mitarbeiter des Geheimdienstes beschäftigt habe. Diese seien für Folterungen und erzwungenen Geständnissen zuständig.

Ali Mazrui, der frühere Parlamentsabgeordnete und einer der führenden Köpfe der Reformfraktion, dessen Sohn als Internetbetreiber verhaftet und inzwischen ebenfalls freigelassen wurde, schilderte in einem offenen Brief an Präsident Chatami, was seinem Sohn Hanif im Gefängnis widerfahren war. Er sei mehrmals mit verbundenen Augen geschlagen worden, schrieb er. Er sollte über das Privatleben seiner Eltern detailliert Auskunft geben und gestehen, dass er sich moralischer Vergehen schuldig gemacht und unerlaubte Beziehungen gepflegt habe. 59 Tage habe er in Einzelhaft verbringen müssen. Er habe täglich nur dreimal für jeweils drei Minuten seine Zelle verlassen dürfen, um seine Notdurft zu verrichten. Mazrui fügte dem Brief einen Text hinzu, ein vorformuliertes Geständnis, das der Sohn hätte vor seiner Freilassung unterschreiben sollen. Der Text ähnelt den von anderen Gefangenen vorgelegten Geständnissen.

UN-Vollversammlung rügt Iran wegen Folter und Steinigung

Die UN-Vollversammlung hat Iran wegen öffentlicher Hinrichtungen, Folter, Steinigungen und systematischen Diskriminierungen von Frauen scharf kritisiert.

Die Versammlung verabschiedete am 21. Dezember in New York eine entsprechende Menschenrechtsresolution mit 71 zu



54 Stimmen. 55 der insgesamt 191 Mitglieder enthielten sich. Die Resolution wurde von Kanada eingebracht. Nach dem Mord an der iranisch-kanadischen Fotoreporterin Zahra Kazemi im Sommer 2003 sind die Beziehungen zwischen Teheran und Ottawa äußerst gespannt.

In der Resolution heißt es, die Lage in Iran habe sich in Bezug auf Meinungs- und Pressefreiheit verschlechtert. Zugleich begrüßte die UN-Vollversammlung, dass Iran Beobachter eingeladen habe, um die Lage der Menschenrechte zu überprüfen. Sie äußerte auch die Hoffnung, dass die iranische Regierung das kürzlich verabschiedete Gesetz gegen Folter umsetzen werde.

Die Vollversammlung kritisierte, dass in dem mehrheitlich von Schiiten bewohnten Land religiöse Minderheiten wie Christen, Juden, Sunniten und Angehörige der Bahai-Religion unterdrückt würden.

„Wir haben diese Resolution eingebracht, weil wir der Auffassung sind, dass die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft notwendig ist, um Iran die Botschaft zu übermitteln, dass es einen Wandel geben muss und dass Iran die Menschenrechte einhalten muss“, erklärte der kanadische Außenminister Pierre Pettigrew.

Teheran hat die Resolution entschieden zurückgewiesen. „Die Resolution hat mit der Realität unseres Landes nichts zu tun“, sagte der Sprecher des Außenministeriums, Hamid Reza Assefi. Sie zeuge von Unkenntnis der Tatsachen. Sie sei ein „politisches Machwerk“ einiger Staaten, die Iran in ein negatives Licht rücken wollen. Die Durchsetzung der Menschenrechte gehöre zu den wichtigsten Anliegen der Regierung. Diese sei bemüht, die Basis für die Menschenrechte immer weiter auszubauen und zu stabilisieren.

Urteile gegen Mitglieder von Al Qaida

Teherans oberster Justizchef, Abbasali Alizadeh, erklärte in einem Interview mit der Pars-Agentur, sämtliche Akten der in Iran inhaftierten Mitglieder der Terrororganisation Al Qaida seien inzwischen den politischen Maßgaben der iranischen Justiz entsprechend von einem Sondergericht behandelt und Urteile festgelegt worden. Dabei seien auch die Positionen des Nationalen Sicherheitsrats und des Informationsmi-

nisteriums berücksichtigt worden. „Die Urteile basieren auf Gesetzen und Verordnungen der Islamischen Republik“, fügte Alizadeh hinzu. Die Staatsführung sei mit den Urteilen zufrieden. Das Informationsministerium habe eigene Sachverständige eingesetzt und ein umfassendes Gutachten vorgelegt. Die Urteile entsprächen auch den Vorstellungen dieses Ministeriums.

Alizadeh wollte zur Anzahl der Gefangenen ebenso wie zu den Urteilen keine näheren Angaben machen. „Ich habe jetzt die Einzelheiten nicht im Kopf“, sagte er. „Es kann sein, dass es nicht allzu viele Prozessakten gibt, aber es ist durchaus möglich, dass jede Akte verschiedene Personen erfasst. Ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, wie viele Personen es sind, ich weiß aber, dass es viele sind.“

Auch zu der Höhe der Strafen wollte sich Alizadeh nicht äußern. „Die Justiz sieht sich nicht in der Lage, mehr Informationen über die Prozesse zu geben. Für weitere Informationen sei der Nationale Sicherheitsrat zuständig“, sagte er.

Die USA bezichtigen Iran, nach dem Sturz der Taliban in Afghanistan zahlreichen Mitgliedern von Al Qaida Unterschlupf gewährt zu haben. Iran hat diese Behauptung stets vehement zurückgewiesen.

Versammlung der Selbstmordattentäter

Anfang Dezember versammelten sich rund 150 Frauen und Männer auf dem Teheraner Friedhof „Behescht-e Zahra“ zum Gedenken an die „Märtyrer“, die vor 21 Jahren in Libanons Hauptstadt Beirut ein Selbstmordattentat verübt und dabei 241 amerikanische Soldaten getötet hatten. Damals machten die USA die libanesische Hizbollah, die von Iran unterstützt wurde, für den Anschlag verantwortlich.

Bei der Versammlung wurde eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Märtyrer in Libanon enthüllt. „Tod Amerika, Tod Israel“, skandierten die versammelten Männer und Frauen.

Ali Mohammadi, der Sprecher der Kundgebung, bezeichnet das Attentat als „größte Aktion der Märtyrer gegen amerikanische Besatzer“.



Zuvor war angekündigt worden, dass sich bei dieser Gedenkfeier das „Heer zur Unterstützung der Märtyrer der internationalen islamischen Bewegung“, das sich zur Durchführung von „Märtyreraktionen“ gebildet hatte, konstituieren werde. Mohammadi erläuterte, die Gründung der Organisation sei eine positive Antwort auf die Aufforderung des Revolutionsführers Ali Chamenei, der die islamische Welt im Zusammenhang mit den Angriffen der US-Armee auf die irakische Stadt Falutscha zum Widerstand aufgerufen hatte.

„Das Heer zur Unterstützung der Märtyrer der internationalen islamischen Bewegung“ wurde vor sechs Monaten ins Leben gerufen. Wie die Initiatoren mitteilten, haben inzwischen mehr als 25000 Freiwillige ihre Bereitschaft bekundet, an Selbstmordaktionen im Irak, in Palästina sowie zur Tötung des indisch-britischen Schriftstellers Salman Rushdi teilzunehmen.

Unter den Anwesenden befanden sich auch einige Parlamentsabgeordnete und hochrangige Vertreter der Revolutionswächter. Die Organisation ist nach Angaben ihrer Sprecher regierungsunabhängig. Sie wurde bisher seitens der Verantwortlichen des Staates nicht offiziell unterstützt. Allerdings wurde sie auch nicht in ihren Aktivitäten behindert. Mohammadi sagte, die Mitglieder würden erst dann aktiv werden, wenn sie dazu das Einverständnis des Revolutionsführers erhalten würden.

Zwar haben sich die Mitglieder für Aktionen im Ausland gemeldet, doch politische Beobachter in Teheran vermuten, dass die Gründung der Organisation auch eine Warnung an Washington sein soll. Die Bush-Regierung sollte zur Kenntnis nehmen, dass im Falle eines militärischen Angriffs gegen Iran diese Kräfte auch im Inland eingesetzt werden würden. Vor drei Monaten, als in den Medien von einer möglichen Bombardierung iranischer Atomanlagen die Rede war, hatten mehrere hundert „Märtyrer“ zum Schutz des Atomreaktors in der südiranischen Stadt Buschihr Wache gehalten.

Tausende Traumatisierte in der Erdbebenregion ohne Hilfe

Nach Angaben des Internationalen Roten Kreuzes sind ein Jahr nach dem schweren Erdbeben in der Region um die

Stadt Bam immer noch Tausende traumatisierte Menschen ohne psychologische Hilfe. Die Betroffenen litten unter Schlafstörungen und seien zum Teil nicht einmal in der Lage, einfache Tätigkeiten auszuüben, heißt es in dem vorliegenden Bericht der Hilfsorganisation. Es gäbe auch mehr häusliche Gewalt und Drogensüchtige. Die Stadt Bam liegt an der Drogen-Route von Pakistan und Afghanistan in den Westen.

Bislang hätten mehr als 5600 Traumatisierte in Bam eine gruppentherapeutische oder individuelle Betreuung erhalten, heißt es in dem Bericht. Mit rund 20.000 Betroffenen sei gesprochen worden. Bei dem Erdbeben am 26. Dezember 2003 waren 85 Prozent von Bam zerstört worden, rund 31.000 Menschen kamen ums Leben. Etwa 75.000 weitere Menschen in der Stadt wurden obdachlos.



II. Wirtschaft

Handelsüberschuss stieg um 167 Prozent

Nach amtlichen Statistiken verzeichnet die iranische Handelsbilanz für die erste Hälfte des laufenden Jahres (das iranische Jahr beginnt am 21. März) einen Überschuss von vier Milliarden Dollar. In diesem Zeitraum importierte Iran Waren im Wert von 17 Milliarden Dollar. Demgegenüber betrug der Export insgesamt (incl. Öl- und Gasexport) 20,932 Milliarden Dollar. Im Vergleich zu dem Handelsüberschuss von 1,533 Milliarden Dollar in den ersten sechs Monaten des Vorjahres verzeichnet der Außenhandel einen Überschuss von 167 Prozent. Dieser hohe Anstieg ist in erster Linie auf den Anstieg der Ölpreise auf dem Weltmarkt zurückzuführen. Von den 20,932 Milliarden Dollar exportierter Waren betrug der Anteil des Öl- und Gasexports 17,421 Milliarden, während der Anteil anderer Waren einen Wert von 3,511 Milliarden hatte.

Straßentransport stark gefährdet

Einem Bericht von Masud Khonsari, dem Leiter des Amtes für Straßentransport, zufolge seien jährlich 40.000 bis 45.000 zusätzliche Lastwagen nötig, um den Transportbedarf auf iranische Straßen zu decken. Doch Iran sei höchstens in der Lage, jährlich 15.000 Transporter zu produzieren. Die einzige Möglichkeit sei, zwei bis drei Jahre alte Lastwagen aus dem Ausland zu importieren. Damit ist aber das Ministerium für Industrie und Bodenschätze nicht einverstanden. Dieses Ministerium behauptet, das Land sei in der Lage, jährlich 30.000 Lastwagen zu produzieren.

„Beim Personentransport befinden wir uns in einer günstigen Lage“, sagte Khonsari. „Gegenwärtig verfügen wir über 16.000 Omnibusse mit einem Durchschnittsalter von elf Jahren. Weitere 5000 Busse werden in den nächsten Monaten dazu kommen.“ Beim Warentransport sähe es nicht so günstig aus. Das größte Problem bestehe in dem Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage für Lastwagen. „Wir haben zurzeit 216.000 Transporter im Einsatz, von denen 41 Prozent über 25 Jahre alt sind“, erläuterte Khonsari. Würde man sich nach dem von der Regierung erlas-

senen Gesetz richten, wonach Fahrzeuge, die älter als 25 Jahre sind, aus dem Verkehr gezogen werden sollen, müssten rund 80.000 Lastwagen stillgelegt werden. Khonsari meint, die Regierung müsste den Beschluss revidieren. Denn sollten tatsächlich 80.000 Lastwagen aus dem Verkehr gezogen werden, würde der Preis für einen Lastwagen, der heute 70 Millionen Tuman (70.000 Euro) kostet, wegen der erhöhten Nachfrage auf 120 Millionen Tuman (120.000 Euro) steigen. Ferner müsste, um die Entstehung eines riesigen Schwarzmarkts zu verhindern, das Importverbot für Lastwagen aufgehoben werden. Man dürfe nicht zum Schutz der geringen Inlandsproduktion die Einfuhr verbieten.

Schon jetzt, sagte Khonsari, habe Iran die Chance, Waren nach Afghanistan und in den Irak zu transportieren weitgehend verpasst. „Sollte das Importverbot nicht aufgehoben werden, werden wir in den nächsten Jahren den Markt für den Warentransit vollends verlieren.“

Laut Angaben von Khonsari verfügt Iran über 80.000 Kilometer Haupt- und Nebenverkehrsstraßen und 80.000 Kilometer Landstraßen. 75 Prozent des Gesamtverkehrs befindet sich auf einer Strecke von insgesamt 15.000 Kilometern. Um diese Hauptverkehrsstraßen auf den internationalen Standard zu bringen, sei für die nächsten drei Jahre eine Investition in Höhe von 150 Milliarden Tuman (150 Millionen Euro) vorgesehen.

Bezüglich der Sicherheit auf den Verkehrsstraßen habe die Weltbank für die erste Phase eine Investition in Höhe von 70 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt. Diese Summe solle langfristig auf 400 Millionen erhöht werden. Wie Khonsari berichtete, haben Unfälle auf iranischen Straßen im Vergleich zum Vorjahr bei Personenwagen um 16,9 Prozent zugenommen, jedoch insgesamt (Motorräder, Kleintransporter, Minibusse, Omnibusse, Lastwagen und Personenwagen) um 9,7 Prozent abgenommen.

Thyssen Krupp kauft Aktien Irans

Die Thyssen Krupp A.G. hat den Drohungen der USA nachgegeben und den größten Teil der Anteile Irans abgekauft. Washington hatte gedroht, die Firma auf die „schwarze Liste“ zu setzen, falls Iran weiterhin Großaktionär der Firma bleiben würde. Thyssen Krupp ge-



lang es, acht Prozent der iranischen Aktien zum dreifachen Marktpreis, d.h. für 406 Millionen Euro, abzukaufen.

Mit dem Kauf liegt der Anteil Irans nun unter fünf Prozent. Damit ist Iran aus dem Aufsichtsrat ausgeschlossen. Folgerichtig wurde nach dem Aktienkauf der Name von Mehdi Navab Motlagh, der bisher Iran im Aufsichtsrat der Thyssen Krupp vertrat, von der Liste der Aufsichtsratsmitglieder, die sich am 21. Januar treffen werden, gestrichen.

Aus Kreisen der ausländischen Investoren in Iran wurde die Vermutung geäußert, dass Krupp demnächst auch die restlichen Aktien Irans abkaufen werde.

Mitglieder im Krupp-Aufsichtsrat äußerten die Befürchtung, dass das Unternehmen seinen acht Milliarden hohen Anteil am amerikanischen Markt verlieren könnte, wenn sie auf die „schwarze Liste“ gesetzt werden würde. Der Krupp-Vorstand hat bislang zu dem Gerücht, die restlichen Anteile Irans kaufen zu wollen, keine Stellung genommen. Zugleich wurde jedoch betont, dass die amerikanische Regierung nach den in den USA herrschenden Gesetzen durchaus dazu befugt sei, Unternehmen, an denen ein feindlicher Staat beteiligt sei, als Geschäftspartner der Regierungseinrichtungen auszuschließen. Dieser Umstand gäbe Anlass zur Sorge. Zwar seien die Gesetze alt, doch sie seien in letzter Zeit stärker angewandt worden.

Aus iranischen Kreisen, die den Mitarbeitern der Thyssen Krupp AG nahe stehen, wurde bekannt, dass Vertreter des Unternehmens oft nach Iran gereist seien, um das Einverständnis Irans zum Verkauf einzuholen. Schließlich habe das hohe Preisangebot zum Erfolg geführt. Aus denselben Kreisen wurde berichtet, Iran habe inzwischen eine als privat getarnte Firma gegründet, um die restlichen Aktien behalten zu können. Es ist fraglich, ob Krupp diesen Weg akzeptieren wird.

Razzia bei Daimler-Chrysler wegen Verdachts illegaler Iran-Geschäfte

Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft hat wegen des Verdachts illegaler Geschäfte mit Iran beim Automobilkonzern Daimler-Chrysler eine Razzia durchgeführt. Eine Sprecherin des Autokonzerns bestätigte einen entsprechenden

Bericht des Nachrichtenmagazins Focus. Die Fahnder hätten am 30. November Büroräume in der Stuttgarter Konzernzentrale und im LKW-Werk im rheinland-pfälzischen Wörth durchsucht, hatte Focus berichtet. 453 LKW, die offiziell nach Saudi-Arabien verkauft wurden, sollen demnach tatsächlich in den Iran verschoben worden sein. Dort könnten sie nach Meinung von Militärexperten für Militärzwecke umgerüstet werden.

Die Stuttgarter Staatsanwältin Tomke Beddies sagte im „Focus“, dass gegen „namentlich nicht bekannte Verantwortliche der Firma Daimler-Chrysler“ ermittelt werde. Sie stünden im Verdacht, gegen das Außenhandelsgesetz verstoßen zu haben. Ausgelöst wurden die Ermittlungen durch eine Selbstanzeige des Konzerns im Februar 2004. Daimler-Chrysler habe damals das Bundesausfuhramt und die zuständige Oberfinanzdirektion informiert, „weil wir Zweifel hatten, dass in diesem Fall der Endabnehmer wirklich der Endabnehmer war“, sagte eine Firmensprecherin. Sie wollte mit Rücksicht auf die laufenden Ermittlungen keine weiteren Einzelheiten nennen.

Handel mit China erreichte Rekord von sieben Milliarden Dollar

Lu Chang Chin, Handelsattache bei der chinesischen Botschaft in Teheran, sagte voraus, dass der Handel zwischen Iran und China im jetzt zu Ende gehenden Jahr ein Volumen von sieben Milliarden Dollar erreichen würden.

In einem Interview mit der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA sagte Lu, die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen seines Landes zu Iran hätten in diesem Jahr einen neuen Höhepunkt erreicht. Im Jahr 2003 betrug das Handelsvolumen 5,633 Milliarden US-Dollar.

China gelte nun nach Japan als zweitgrößter Handelspartner Irans. Der Energieexport nach China bilde zurzeit die wichtigste Basis der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern, sagte Lu.

Lu erklärte, China verbrauche jährlich 280 Millionen Tonnen Rohöl. Davon würden 170 Millionen Tonnen im Inland produziert. Der Rest werde importiert. Ein Siebtel seines Ölimports beziehe China aus Iran. Nach Lus Meinung werde

diese Menge in Zukunft wesentlich erhöht werden.

Im vergangenen Jahr hatte China 12,390 Millionen Tonnen Rohöl aus Iran importiert. China hat sich bereit erklärt, im Bereich der Ölindustrie intensiv mit Iran zusammen zu arbeiten.

Lu berichtete, dass sein Land aufgrund eines langfristigen Plans die Qualität seiner Exportprodukte erheblich verbessert habe und bereits jetzt in der Lage sei, jährlich Waren im Wert von 500 Milliarden Dollar zu exportieren. Die meisten Produkte aus China würden in den USA, in Europa und Japan abgesetzt. Der Warenexport in die USA und nach Japan habe ein Volumen von 120 Milliarden Dollar. Gegenwärtig hätten 350.000 ausländische Firmen in China Filialen gegründet. Das in China eingesetzte Auslandskapital habe in diesem Jahr ein Volumen von 600 Milliarden Dollar erreicht.

Indes wurde bekannt, dass die USA gegen vier chinesischen Firmen, die Liaoning Jiayi and Minerals Company, die Shanghai Triple International, Q.C. Chen sowie Wha Cheong Tai Company wegen der angeblichen Lieferung von waffentauglicher Technik an Iran Sanktionen verhängt haben. Teheran könne mit den Importen möglicherweise Langstreckenraketen oder nukleare und chemische Waffen entwickeln, erklärte die amerikanische Botschaft in Peking. Die Unternehmen dürfen zwei Jahre lang keine geschäftlichen Beziehungen mit der US-Regierung aufnehmen. Verboten wird ihnen auch der Import bestimmter Güter. Betroffen von dem Handelsverbot ist außerdem ein chinesischer Bürger. Bislang hat Washington gegen 28 Firmen und Einzelpersonen in China, die gegen amerikanische oder internationale Regelungen zum Waffenhandel unter anderem mit Iran verstoßen haben sollen, Sanktionen verhängt.

Chinas Regierung hat die Sanktionen kritisiert. Sollten schlüssige Beweise vorliegen, werde die Regierung selbst nach chinesischen Gesetzen Strafen verhängen, sagte die Sprecherin des Außenministeriums, Zhang Qiyue, in Peking. China kämpfe gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, lehne es aber ab, wenn andere Staaten nach ihren heimischen Gesetzen Sanktionen verhängen. Das sei der internationalen Kooperation nicht dienlich.

Erste Volkswagen sollen im Februar auf iranischen Markt kommen

Nach einer Meldung der dpa soll der VW-Kleinwagen Gol (nicht: Golf) im Februar auf den iranischen Markt kommen. Dies teilte der brasilianische Botschafter Luis Antonio Facchini in Teheran mit. Die Einzelteile für die Fertigung in Iran werden aus Brasilien geliefert. Im Juli 2004 unterzeichnete Europas größter Autobauer Volkswagen in der iranischen Stadt Bam einen Lizenzvertrag mit der iranischen Kerman Automotive Industries. Volkswagen verkauft das auf Golf-Basis montierte Modell auch in China und Südamerika.

Erste iranische Bank in Afghanistan

Die erste iranische Bank in Afghanistan wurde am 25. Dezember in der Hauptstadt Kabul eröffnet. Die „Arian Bank“ ist ein gemeinsames Projekt der iranischen Nationalbank und der iranischen Exportbank. Geplant ist auch die Eröffnung von Filialen in anderen Städten Afghanistans. Einem Bericht der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA zufolge soll die Arian Bank die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den Nachbarländern erleichtern. Madjid Fotuhi, der Direktor der Bank, sagte, die Bank sei in der Lage, die bestehenden finanziellen und ökonomischen Probleme zu lösen.

Das Startkapital der Arian Bank beträgt 10 Millionen US-Dollar. Die beiden Banken sind an dem Kapital zu gleichen Teilen beteiligt. Nach einer internen Vereinbarung wird der Direktor der Bank von der National Bank und dessen Stellvertreter von der Exportbank ernannt. Neben der Arian Bank sind Banken aus Indien, Pakistan und Großbritannien in Afghanistan tätig.

Gründung einer Filiale der Iran-Europa-Handelsbank auf der Insel Kisch

Die Iran-Europa-Handelsbank hat auf der Insel Kisch am Persischen Golf eine Filiale eröffnet. 98 Prozent des Gründungskapitals wurde von verschiedenen iranischen Banken erstellt. Bei der Iran-Europa-Handelsbank handelt es sich um die Deutsch-Iranische-Handelsbank, die 1970 von iranischen Kaufleuten als Aktiengesellschaft in Hamburg gegründet wurde.

Die Insel Kisch gehört neben Gheschm und Chabahar am Persischen Golf zu den iranischen Freihandelszonen. Hossein Ghasemi, der Verwalter von Kisch, sagte bei der Eröffnung, die Iran-Europa-Handelsbank sei die erste Filiale einer ausländischen Bank in Kisch. Die Bank könne in der iranischen Wirtschaft eine wichtige Rolle spielen.

Den Presseberichten zufolge haben bisher drei ausländische Banken und zwei Versicherungsgesellschaften die Gründung einer Filiale in Kisch beantragt. Zwar wurde vor vier Jahren die Erlaubnis zur Filialegründung für ausländische Banken in den Freihandelszonen erteilt, aber die Iran-Europa-Handelsbank ist die erste Bank, die sich zu einer solchen Gründung entschlossen hat.

Sachverständige sind der Meinung, dass bürokratische Hindernisse und die bestehenden Gesetze und Bestimmungen ausländische Banken von Aktivitäten auf der Insel Kisch abgehalten hätten, obwohl für Kapitalinvestitionen zahlreiche Erleichterungen und Vergünstigungen vorgesehen sind. Dazu zählen u.a. die Sicherung des ausländischen Kapitals und des erzielten Gewinns, eine fünfzehnjährige Steuerfreiheit sowie die zollfreie Einfuhr von benötigten Maschinen und Ersatzteilen. Darüber hinaus dürfen Ausländer ohne Visum nach Kisch reisen. Nun hofft man, dass mit der ersten Filialegründung auch andere Banken folgen werden. Die 90 Quadratkilometer große Insel Kisch gehört zu den begehrtesten Touristenorten Irans. Sie wird jährlich von rund einer Million Touristen besucht.

III. Außenpolitik

Irans Mitgliedschaft in der WTO zum zwanzigsten Mal abgelehnt

Die USA haben abermals Irans Antrag auf Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation (WTO) abgelehnt. Gemäß der Satzung der Organisation bedarf die Aufnahme neuer Mitglieder der Zustimmung aller ordentlichen Mitglieder. Es ist nun das zwanzigste Mal, dass Irans Antrag, vor allem aufgrund der Ablehnung durch die USA, zurückgewiesen wird. Die EU bezeichnete die Ablehnung als „unbegründet“. Mit ihrer Stellungnahme hätten sich die USA in der WTO selbst isoliert, sagte ein EU-Sprecher. Iran habe das Recht, genauso wie andere Staaten behandelt zu werden.

In derselben WTO-Sitzung wurden Irak und Afghanistan als „Beobachtendes Mitglied“ aufgenommen.

Die Ablehnung Irans könnte dieses Mal weitreichende Konsequenzen haben. Denn London, Paris und Berlin hatten zur Lösung des Konflikts um das iranische Atomprogramm unter anderem mit Teheran vereinbart, sich als Gegenleistung für die Aussetzung der Urananreicherung für die Aufnahme Irans in die WTO einzusetzen. Wie erwartet hat Teheran nach der Ablehnung auf diese Vereinbarung hingewiesen. Esfandiar Omidbachschi, Leiter der iranischen Verhandlungsdelegation bei der WTO, äußerte sein Missfallen über die abermalige Ablehnung und meinte, die EU habe sich nicht an die Vereinbarung gehalten, sie habe sich nicht für die Aufnahme Irans eingesetzt. Auch Allaeddin Boroudjerdi, Vorsitzender des Parlamentsausschusses für nationale Sicherheit und Außenpolitik, sagte, der Vorgang sei ein Prüfstein für das Verhalten der Europäer gewesen. Er habe gezeigt, dass die EU nicht gewillt sei, sich an die Vereinbarung von Paris zu halten. „Wenn aber die eine Seite den eingegangenen Verpflichtung nicht nachkommt, wird auch die andere Seite von ihren Pflichten entbunden“, fügte er hinzu.

Vorläufige Beilegung des Atomkonflikts

Nach der vorläufigen Beilegung des Streits um das iranische Atomprogramm auf der Tagung des Gouverneursrats der Internationalen Atombehörde am 29. No-



vember in Wien haben die drei EU-Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien ihre Verhandlungen mit Iran fortgesetzt. Die Einigung in Wien wurde erst am letzten Tag der Ratssitzung möglich, nachdem sich Iran trotz vorheriger Weigerung bereit erklärt hatte, sein Programm zur Anreicherung von Uran bis zum endgültigen Abschluss der Verhandlungen mit den drei EU-Staaten auszusetzen. Dennoch scheint der Konflikt längst nicht ausgeräumt zu sein. Denn während Iran die Aussetzung der Urananreicherung, die es als „freiwillige, vertrauensbildende Maßnahme“ betrachtet, auf eine kurze Zeit von höchstens drei Monaten beschränken will, beharren die EU-Staaten, die USA sowie die IAEA auf eine dauerhafte Aussetzung.

Die Verhandlungen, die am 13. Dezember in Brüssel wieder aufgenommen wurden, sollten neben der Frage der dauerhaften Aussetzung der Urananreicherung auch andere wichtige Themen wie Transfer von Atomtechnologie, ein umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Iran, Beitritt Irans zur Welthandelsorganisation (WTO), Irans Rolle im Nahen und Mittleren Osten sowie die Lage der Menschenrechte in Iran klären.

Am Treffen in Brüssel nahmen die Außenminister der drei EU-Staaten Jack Straw, Joschka Fischer und Michel Barnier sowie der iranische Verhandlungsführer Hassan Rowhani teil. Sie legten die Marschroute für die Fortsetzung der Verhandlungen fest. Im Anschluss erklärte Straw vor Journalisten, es seien drei Arbeitsgruppen zur Klärung offener Fragen vorgesehen. Diese würden in den nächsten Tagen ihre Arbeit aufnehmen. Die EU bestehe auf objektive Garantien für eine zivile Ausrichtung des iranischen Atomprogramms. Einige Fragen seien schwierig, aber alle Beteiligten wollten ein erfolgreiches Ergebnis. „Wir sind jetzt fähig, eine neue Phase zu beginnen, um ein langfristiges Abkommen zu schließen“, sagte Straw.

Der iranische Verhandlungsführer Hassan Rowhani sagte, seit dem Beginn der Vermittlungsbemühungen der Europäer im Oktober 2003 seien substanzielle Fortschritte erzielt worden. „Wir werden jetzt Schritt für Schritt daran arbeiten, eine neue Grundlage unserer Beziehungen zu erreichen.“ Klar sei aber auch, dass die Verhandlungen nicht nur die Atompolitik enthielten, sondern

auch politische und wirtschaftliche Fragen. Ziel sei, mit einem politischen Dialog neues Vertrauen zu gewinnen.

Der Leiter der iranischen Atombehörde, Gholam Reza Aghazadeh, sagte in einem Interview mit der Financial Times Deutschland, Iran sei nicht bereit, mit der EU über eine dauerhafte Suspendierung der Urananreicherung zu verhandeln. „Wir erwarten von den europäischen Ländern, dass sie ihre Zusagen einhalten und Nukleartechnologie transferieren sowie Urananreicherung in Iran autorisieren.“ Über eine dauerhafte Aussetzung der Urananreicherung zu verhandeln, komme für Iran nicht in Frage, betonte Aghazadeh. „Ich weiß nicht, welche Garantien die europäischen Länder noch haben wollen“, sagte er. Iran habe sich schon allen erdenklichen internationalen Kontrollen unterworfen und Transparenz hergestellt, um Vertrauen zu schaffen.

Deutschlands Außenminister Fischer bezeichnete die Verhandlungen als „nicht einfach“. Es gehe jetzt darum, die mit Iran getroffene Vereinbarung vom November „Schritt für Schritt“ umzusetzen, sagte er. Wichtig sei, dass Iran von allen Aktivitäten zur Anreicherung von Uran absehe. Die Alternativen dazu wären „sehr ernst“.

Unmittelbar vor dem Treffen hatte Fischer die USA aufgefordert, stärker an einer friedlichen Lösung des Atomstreits mit Iran mitzuwirken. Dies würde „dem Prozess eine wesentliche Substanz geben“. Washington hatte seine Zweifel an der von Iran zugesagten umfassenden Prüfung seines Atomprogramms durch die IAEA bekräftigt. US-Präsident George W. Bush hatte zwar die von Iran zugesicherte Aussetzung von Urananreicherung begrüßt, aber zugleich weitere Schritte gefordert. Er habe die Entscheidung als „positiven Schritt“ bewertet, sagte er bei einem Arbeitsbesuch in der kanadischen Hauptstadt Ottawa vor Journalisten. Iran habe zugesichert, die Urananreicherung auszusetzen, aber nicht, diese zu stoppen. „Unsere Position ist, dass sie ihr Atomprogramm beenden sollten“, sagte der Präsident. Bei allem, was Iran unternehme, sei es wichtig, dass die Welt diese Entscheidungen überprüfen könne. „Und deshalb haben wir offensichtlich noch Arbeit vor uns.“

Während die USA sich bislang zu Fischers Aufforderung, an einer friedli-



chen Lösung des iranischen Atomstreits mitzuwirken, nicht direkt geäußert haben, erklärte der iranische Außenminister Kamal Charrazi, sein Land habe keine Einwände dagegen, dass auch die USA zu den Verhandlungen dazu stießen. Diese Äußerung wurde allerdings später relativiert. Hossein Mousavian, Leiter des Komitees für Außenpolitik in Nationalen Sicherheitsrat Irans, sagte, die Europäer seien sehr bemüht, die USA in die Verhandlungen einzubeziehen. „Aber ich denke, dass in dieser Phase keine Notwendigkeit zu direkten Gesprächen zwischen uns und Washington besteht. Wenn die USA gemeinsam mit den Europäern mit uns verhandeln wollen, hätten wir nichts dagegen einzuwenden.“

Die nun bei dem Treffen vom 13. Dezember beschlossenen Arbeitsgruppen sollen zwischen dem 12. und 15. Januar ihre Arbeit aufnehmen, sagte ein Sprecher der EU-Kommission in Brüssel. Zum selben Zeitpunkt ist ein Gespräch der EU-Kommission und Fachleuten der luxemburgischen EU-Ratspräsidentschaft mit Vertretern Irans geplant.

Vorgesehen sind drei Arbeitsgruppen, die sich mit ökonomischen Fragen, mit Fragen der Sicherheit und Politik und mit dem iranischen Atomprogramm befassen sollen. Auf Seiten der EU wird Großbritannien die Verhandlungen für die erste, Deutschland für die zweite und Frankreich für die dritte Arbeitsgruppe führen.

Washington hörte Telefonate El Baradeis mit iranischen Diplomaten ab

Laut Washington Post vom 12. Dezember haben die USA die Telefonate des Chefs der Internationalen Atombehörde (IAEA), Mohammad El Baradei, mit iranischen Diplomaten abgehört. Die Lauschkaktionen seien Teil einer systematischen Kampagne zur Absetzung des IAEA-Chefs, meinte die Zeitung unter Berufung auf US-Beamte, die Zugang zu den Abhörprotokollen hatten. Begründet wurde das Vorgehen damit, dass zahlreiche Mitglieder der US-Regierung El Baradei einen zu weichen Kurs gegenüber Teheran vorwarfen. Washington Post zu Folge hätten die Gespräche keine Anhaltspunkte für ein Fehlverhalten gegeben.

Die USA betrieben eine „organisierte Kampagne“ gegen den aus Ägypten stammenden 62 Jahre alten IAEA-Chef, be-

richtete das Blatt weiter. Washington wolle offenbar eine dritte Amtszeit für El Baradei im Jahr 2005 verhindern. Zwar hätten die USA selbst keinen eigenen Kandidaten, seien aber auf der Suche nach Wegen, um El Baradei zum Rücktritt zu bewegen.

Nach Bekanntwerden der Abhöraffaire wies El Baradei jeden Vorwurf zurück, vor der Veröffentlichung von Berichten über das umstrittene iranische Atomprogramm mit dem Land zusammen gearbeitet zu haben. „Wir zeigen nie einem Land einen Bericht“, sagte er. Dieser Grundsatz gelte erst recht für einen Staat, in dem es Untersuchungen gebe.

El Baradei bescheinigte Iran, mit der Atombehörde kooperiert zu haben. Die Inspektoren hätten ausreichenden Zugang zu verdächtigen Militäranlagen erhalten, sagte er.

Israel weist Gerüchte über Angriff auf iranische Atomanlagen zurück

Israel hat Mutmaßungen über einen möglichen Luftangriff auf iranische Atomanlagen zurückgewiesen. Israels Verteidigungsminister Schaul Mofas bezeichnete in einem Interview mit dem Privatsender „10“ Gerüchte um angebliche israelische Angriffspläne auf iranische Atomanlagen als „Unterstellungen“. Er rate dazu, Besonnenheit walten zu lassen. Er fügte hinzu, der Umgang der USA mit dem umstrittenen iranischen Atomprogramm sei seiner Ansicht nach „richtig“.

Zuvor hatte der iranische Generalstabchef Mohammad Salimi vor einem möglichen Angriff gewarnt. Die Armee habe den Befehl erhalten, die iranischen Atomanlagen „gegen jeden Angriff“ zu verteidigen, zitierte die Regierungszeitung „Iran“ den General. Die Streitkräfte hätten vorübergehend ihre Manöver ausgesetzt und die Luftwaffe habe ihre Patrouillenflüge verstärkt.

Ehemalige Außenminister: Kooperation statt Konfrontation

Acht ehemalige Außenminister der USA, Kanadas, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Dänemarks, Spaniens und der Niederlande haben in einem Artikel, der am 13. Dezember in der Washington Post veröffentlicht wurde, einige Vorschläge vorgelegt, die ihrer Meinung nach den Bau von Nuklearwaffen in Iran



verhindern könnten. Ihrer Ansicht nach sollten die USA die drei EU-Staaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien bei den Verhandlungen mit Iran unterstützen und nicht auf das Scheitern der Gespräche abzielen, denn eine konfrontative Politik würde nicht nur Iran isolieren, sondern auch das Verhältnis zwischen der EU und den USA beeinträchtigen. Dagegen ließe sich das iranische Atomproblem weit leichter lösen, wenn Europa und USA sich abstimmen und enger zusammenarbeiten würden. Iran habe der Aussetzung der Urananreicherung zugestimmt. Das sei ein Fortschritt.

Selbstverständlich versuche Iran zwischen Europa und den USA einen Keil zu treiben und dadurch immer mehr Zeit zu gewinnen, um möglicherweise an sein Ziel zu gelangen. Demgegenüber sollten Europa und die USA mit einer Stimme den Iranern klar machen, dass sie sich als Unterzeichner des NPT (Nuclear Non-Proliferation Treaty/Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen) an ihre Verpflichtung halten müssen. Zugleich müssten sie jedoch das Recht Irans auf friedliche Nutzung der Atomenergie akzeptieren. Die Atom-mächte USA, Russland und Europa müssten Iran die Lieferung von Brennstoff für Atomreaktoren zusichern, um im Gegenzug die Aussetzung von Urananreicherung und sämtliche damit verbundene Aktivitäten fordern zu können.

Die Bush-Regierung sollte die Vereinbarung der drei EU-Staaten mit Iran als ersten Schritt akzeptieren und unterstützen und darüber hinaus wirtschaftliche und diplomatische Beziehungen zu Iran in Aussicht stellen. Zwar sei nicht sicher, ob Iran sich tatsächlich an das Abkommen halten würde. Aber es sei zu bedenken, dass Iran sich in den letzten zwei Jahrzehnten sowohl politisch als auch kulturell beeindruckend entwickelt habe. Die iranische Gesellschaft sei heute weit komplizierter als allgemein angenommen werde. Der im Lande herrschende Pluralismus von Ideen und Standpunkten sollte auch für die USA eine Aufforderung sein, sich direkt mit Iran auseinander zu setzen. Eine Annäherung hätte auch für die USA große Vorteile. Denn sie hätten die Möglichkeit, trotz Meinungsverschiedenheiten im Bezug auf das iranische Atomprogramm auf anderen Gebieten wie Drogenschmuggel, Terrorismus, Irak und Frieden im Nahen Osten mit dem Land zusammen zu arbeiten.

Sollten die USA die diplomatischen Aktivitäten der Europäer verstärkt unterstützen, müssten die EU-Staaten im Gegenzug den Iranern klar machen, dass das Land im Falle der Nichteinhaltung seiner Verpflichtungen mit schweren politischen und wirtschaftlichen Sanktionen rechnen müsste. Europa und die USA sollten nicht den Konflikt mit Iran suchen, aber sie sollten zugleich auch keine Mittel scheuen, um die Entstehung einer neuen Atommacht im Mittleren Osten zu verhindern.

Irakischer Verteidigungsminister: Iran ist Terrorquelle und gefährlichster Feind

Iraks Verteidigungsminister Hasem Schaalan sagte auf einer Pressekonferenz in Bagdad, Iran sei für die Terroranschläge im Irak verantwortlich. Teheran sei „Drahtzieher eines großen Terrornetzwerks im Irak“. Das Nachbarland sei der „gefährlichste Feind des Irak und aller Araber“.

Der schiitische Minister hatte schon vor Monaten Iran als „größten Feind“ des Irak bezeichnet und erklärt, wenn es sein müsste, wäre er bereit, dieser Feindschaft auch militärisch zu begegnen.

Auf seiner Pressekonferenz am 15. November sagte Schaalan: „Der Terrorismus im Irak wird vom iranischen und syrischen Geheimdienst sowie den Anhängern von Saddam Hussein in Zusammenarbeit mit (dem jordanischen Extremisten Abu Mussab) El Sarkawi gesteuert.“ Für die „Finanzierung und Ausbildung von Terroristen“ sei außer Iran auch Syrien verantwortlich.

Der Verteidigungsminister bezeichnete die von Großayatollah Ali Sistani angeführte schiitische Liste zu den für Ende Januar geplanten Wahlen als „iranische Liste“. Einen Spitzenkandidaten auf der Liste, Hussein el Schahrastani, nannte er einen „iranischen Agenten“, der nach 1991 zwei Jahre lang für das Atomprogramm des Iran gearbeitet habe. Schahrastani, der an der Universität von Toronto in Atomchemie promovierte, war bis 1979 hauptverantwortlich für die irakische Atomenergiekommission. Nach seiner Weigerung, am irakischen Atomprogramm mitzuwirken, war er zehn Jahre lang im berüchtigten Abu-Ghraib-Gefängnis. Nach seiner Entlassung im Jahre 1991 ging er

mit seiner Familie zunächst ins iranische und dann ins britische Exil.

Auch der sunnitische Staatspräsident Iraks, Ghazi al Jawar, warnte in Übereinstimmung mit seinem Verteidigungsminister vor der Gefahr, die von Iran ausgeht. Iran habe eine Million Menschen zur Teilnahme an den bevorstehenden Wahlen im Irak organisiert, um eigene Interessen durchzusetzen. Dazu meinte Hamidreza Asefi, Sprecher des iranischen Außenministeriums, al Jawar habe offenbar keine Ahnung, wie viel eine Million ist.

Indes wurde bekannt, dass die irakische Polizei 45 Männer festgenommen hat, die ohne Pässe illegal die Grenze von Iran in den Irak überquert hatten. Nach Angaben der Polizei seien die Männer in Mandali in der Nähe der Grenze aufgegriffen worden. Sie hätten sich als Pilger aus Iran, Afghanistan und Bangladesch ausgegeben.

Die iranische Regierung hat die Pilger vor unorganisierten und illegalen Reisen in die heiligen Schiiten-Städte Nadschaf und Kerbela im Südirak gewarnt. Das Außenministerium sei derzeit in Kontakt mit irakischen Behörden, um die Freilassung von 1500 iranischen Pilgern zu erreichen, die im Irak inhaftiert sein sollen. Das Ministerium wolle sich ferner um die Koordinierung der Pilgerfahrten kümmern, sagt Außenamtssprecher Asefi.

Laut einer von der Nachrichtenagentur IRNA verbreiteten amtlichen Mitteilung vom 22. Dezember hat Iran angesichts der Zunahme der gewaltsamen Auseinandersetzungen im Irak seine Grenzen zum Nachbarland geschlossen. „Die Grenze zum Irak ist ab sofort geschlossen“ hieß es in der Mitteilung. Die Verfügung gelte bis auf weiteres. Das Reiseverbot bleibe solange in Kraft, bis sich die Sicherheitslage im Nachbarland Irak gebessert habe.

Tagung der Innenminister irakischer Nachbarstaaten in Teheran

Die Innenminister der irakischen Nachbarstaaten sowie Abgesandte der Vereinten Nationen, aus Ägypten und dem Irak selbst haben sich Anfang Dezember zu einer Sicherheitskonferenz in Teheran getroffen. Bei den zweitägigen Beratungen ging es vor allem um die Frage, wie Terroristen daran gehindert werden könnten, in den Irak einzudrin-

gen. Im Vordergrund stand der Austausch von Geheimdienstinformationen.

Zur Eröffnung forderte der irakische Innenminister Fallah Hassan al Nakib die Nachbarländer Jordanien, Kuwait, Iran, Saudi-Arabien und die Türkei auf, die Grenzen zu kontrollieren, um illegale Infiltration in den Irak zu unterbinden. Iran bot in einem ersten Schritt an, die irakische Grenzpolizei auszubilden und auszurüsten. Ähnliche Angebote kamen aus Ägypten und Jordanien.

Konten von afghanischem Kriegsherrn eingefroren

Iran hat nach Angaben der Vereinten Nationen vier Bankkonten des afghanischen Kriegsfürsten Gulbuddin Hekmatjar eingefroren. Zudem habe die Regierung in Teheran erneut mehrere Al-Qaida-Mitglieder festnehmen lassen, teilte ein Komitee des UN-Sicherheitsrats zur Überwachung der Sanktionen gegen Al Qaida und die Taliban mit. Die Sanktionen richten sich gegen 115 Gruppen und 318 Einzelpersonen, die mit Al Qaida oder den Taliban in Verbindung stehen sollen.